

In der Krise: Dringend den Service Public stärken!

Rede von Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin vpod schweiz, Nationalrätin Grüne

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Die heutige Finanzkrise ist keine isolierte Krise. Nein! Wir stehen vor den Herausforderungen einer Mehrfachkrise: Die **Finanzkrise** trifft auch die Wirtschaft, unsere Arbeitsplätze, die Guthaben der künftigen Pensionierten. Die **Energie- und Klimakrise** ist zwar aus den Schlagzeilen verschwunden – aber sie fordert uns weiterhin heraus, die Grundlagen unserer Lebens- und Wirtschaftsweise zu überdenken. Und gleichzeitig sterben weiterhin Tausende an **Hunger**, weil ihnen das Allernötigste, genügend Nahrung fehlt. Als Gewerkschafterin, als Politikerin muss ich aber auch klar festhalten: Wir haben es auch mit einer **Krise der Politik** zu tun – einer reinen Interessens- und Lobby-Politik des Grosskapitals, die in den letzten Jahrzehnten weit mehr dazu beigetragen hat, das Fundament der Multikrise zu legen, als Grundlagen für ihre Überwindung zu schaffen.

Darum müssen wir uns gegen den Giftcocktail der Rechten wehren: Sie wollen die Konjunktur abwürgen, beim Staat die Sparschraube anziehen, den Service Public abbauen. Stattdessen fordern wir vom vpod Investitionen in die öffentlichen Dienste und klare Schranken für die Finanzmärkte.

Der Verteilungsbericht des SGB hat es aufgezeigt: im letzten Jahrzehnt wurde massiv umverteilt. Und zwar von unten nach oben! Schuld daran sind nicht Naturgesetze, sondern bewusst falsche, lasche oder fehlende Gesetzgebungen. Sie haben der extremen Raffgier einiger Weniger auf Kosten aller anderen in die Hand gespielt. Bankgeheimnis und Steuerflucht waren lange Jahre heilig. Unkontrollierte und komplizierte Finanz-Games – die eigentlich nach Las Vegas gehörten und nicht an die Börse – sind heute an die Stelle richtiger Investitionen getreten. Und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird mit individualisierten Löhnen und Riesenboni vorgegaukelt, jeder könne auch bald zu den Reichen gehören – wenn er sich nur brav ausbeuten lässt. Bei dieser Entwicklung ist ganz Wichtiges auf der Strecke geblieben: unser gesellschaftlicher Zusammenhalt. Die Sorge um eine Wirtschaft, die Arbeit in Würde für alle schafft. Und die Solidarität auch mit den etwas Schwächeren unter uns!

Solange das Kapital munter Gewinne bringt, und wenn wir von diesen Milliardengewinnen

etwas abschöpfen wollen, dann schreit die bürgerliche Mehrheit ihr Credo: Staatsinterventionen sind schädlich! Sobald allerdings ein grösserer Verlust droht, da ist dann Mutti Staat gefragt: Wir erinnern uns an die letzte grosse Finanzkrise, als die UBS mit 64 Milliarden, das ist mehr als das Bundesbudget, gerettet werden musste. Und die Lehren daraus? Die will niemand ziehen. Nicht einmal die Forderung nach mageren 10% Eigenkapital der Banken hat eine sichere Mehrheit...

Wo stehen wir heute? Heute tobt die Spekulation auf dem Devisenmarkt. Der Franken im Vergleich zu Euro und Dollar krass überbewertet. Arbeitsplätze sind in Gefahr, und die Renten schmelzen. Völlig quer in der Landschaft stehen die Forderungen von SVP/FDP und teilweise auch der CVP. Die FDP übt sich in Kriegsrhetorik und will einen "Frontalangriff auf staatlich beeinflussbare Produktionskosten". Hinter dieser Worthölse versteckt sich das immer Gleiche: Steuerreduktionen, Steuerreduktionen, Steuerreduktionen...

Das gewollte Resultat dieser Übung wäre offensichtlich ein Milliardenloch in Bundeshaushalt. Ein unsinniger Spardruck. Abbau im Service Public. Und Abbau auch bei den Sozialversicherungen, bei der IV. Wie weltfremd die Bürgerlichen politisieren, zeigt sich ganz offensichtlich, wenn heute sogar Christine Lagarde, Chefin des internationalen Währungsfonds (IW), in der «Financial Times» vor zu harten Sparprogrammen in Europa warnt, weil dies die Konjunktur abwürgt.

Wir vom vpod unterstützen darum nicht nur die klare Forderung des SGB nach einer Untergrenze des Frankenkurses. Zusätzlich braucht es heute ein **Revitalisierungsprogramm mit starken staatlichen Investitionen**, klare Leitplanken für den Finanzmarkt, und eine **Stärkung des Service Public**.

Investitionen der öffentlichen Hand in die öffentlichen Dienste bringen mehrfachen Gewinn. Sie schaffen Arbeitsplätze, sie bringen dem inländischen Gewerbe Aufträge und können mindestens teilweise den Exporteinbruch kompensieren, und sie kommen der Allgemeinheit zugute.